

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 85 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4568) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg., zzgl. Postgebühr.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die 5spaltige Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr. — Abgebundene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Luthar Straße 19/21. Geschäftszeit 8-12 und 2-7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Luthar Straße 19/21. Sprechstunde 6-7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Nr. 3731. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Die sozialen Aufgaben der Stadt.

Leipzig, 12. November.

Von den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen trennen uns nur noch wenige Tage. Da ist es geboten, näher zu untersuchen, welche sozialpolitischen Aufgaben der Stadt zufallen und ob und wie sie von ihr gelöst werden. Es ist selbstverständlich, daß in dieser Beziehung die Erwartungen an eine Stadt, deren Bürgervertretung unter Anwendung des Dreiklassenwahlsystems gewählt wird, nicht zu hoch gespannt werden dürfen. Um so mehr Ursache haben aber gerade die zahlreicheren Wähler der dritten Klasse, dafür zu sorgen, daß wenigstens die elementaren Aufgaben, die die Neuzeit an die Stadtgemeinde in sozialpolitischer Richtung stellt, gewissenhaft und sorgfältig erfüllt werden.

Eine verständige kommunale Politik muß es sich zum Ziel stecken, die vielseitigen Bedürfnisse der breiten Masse der Einwohnerschaft zu befriedigen, die Gemeinde zu einem Organe der Wohlfahrt im Interesse der Gesamtheit zu machen. Dies hohe Ziel ganz zu erreichen, wird freilich unter dem Dreiklassenwahlsystem, das den Interessen der Besitzenden und genießenden Minderheit zu dienen bestimmt ist, kaum möglich sein. Um so energischer und klarer hat die Masse des arbeitenden Volkes ihre Forderungen zur Kenntnis der Klassenwahl-Vertretung zu bringen. Um wirksamsten kann dies bei den kommunalen Wahlen selbst geschehen. Jeder sozialdemokratische Stimmzettel, der bei den Stadtverordnetenwahlen abgegeben wird, bedeutet nicht nur einen Protest gegen das schreiende Unrecht des Dreiklassenwahlsystems, er ist zugleich ein Appell an die Ursprünge der kommunalen Herrschaft, den Mißbrauch ihrer Macht nicht bis zur völligen Ignoranz gegenüber den fühlbarsten Bedürfnissen des arbeitenden Volkes zu treiben. In unzweideutiger Weise hat die Wählerschaft zu erklären, was sie will.

Daß die sozialdemokratischen Forderungen, die in unserem Gemeindevahl-Programm präzise formuliert sind, von einer leistungsfähigen Stadt wie Leipzig, deren Etat für das nächste Jahr auf die runde Summe von 29 Millionen Mark veranschlagt ist, mit Leichtigkeit verwirklicht werden können, kann von keinem vernünftigen Menschen bezweifelt werden. Viel weniger leistungsfähige und finanzkräftige Städte, als es Leipzig ist, haben einen guten Teil der sozialdemokratischen Programmpunkte bereits verwirklicht, die Wohlfahrt der gesamten Gemeindeglieder wird dort als oberstes Gesetz in der kommunalen Verwaltung viel mehr geachtet, als bei uns. Das Schlagwort von den „sozialdemokratischen Utopien“, mit dem die Männer der „Ord-

nung“ unsere Forderungen zu diskreditieren bestrahlt sind, hat längst schon an seiner Zugkraft eingebüßt. In den breitesten Volksteilen wird das Verlangen positiver Kommunalpolitik zur Förderung der Interessen der werktätigen Klassen immer lebhafter. Und selbst wenn es notwendig würde, für die erforderlichen Aufwendungen neue Einnahmequellen zu erschließen, oder die vorhandenen stärker fließen zu lassen, so wird davor eine kräftige soziale Kommunalpolitik nicht zurückschrecken. Eine gesunde Finanzpolitik besteht nicht darin, bei unabweisbaren Ausgaben zu knausern, sondern hat dafür zu sorgen, daß für alle notwendigen Aufwendungen die Gelder in gerechter Weise aufgebracht werden. Man nehme das Geld da, wo es ist, bürde aber nicht dem schon vom Unternehmertum aufs äußerste ausgebeuteten Arbeiter noch neue Lasten auf.

Welche Wege in der städtischen Finanzpolitik Leipzigs eingeschlagen werden sollen, das hat kürzlich die Nachricht gegeben, die über das Ergebnis der Beratungen in der gemischten Steuerkommission in die Öffentlichkeit gedrungen sind. Es ist eine ebenso unumstößliche wie bedauerliche Tatsache, daß dem Grundbesitz, dem eine fortgesetzte Wertsteigerung zu gute kommt, die Abgaben erleichtert, die Gesamtheit der Einwohnerschaft dafür aber höher belastet werden soll. Und das, nachdem die Hausagrarien die Wohnungsknotten in der rigorossten Weise in die Höhe getrieben haben, welche einträgliche Geschäft leider noch immer nicht zu einem Abschluß gekommen ist. Statt gegen den Wucher auf diesem Gebiete energische Maßnahmen zu ergreifen, beabsichtigen unsere Kommunalpolitiker die Stadt Leipzig mit einer Biersteuer zu beglücken, deren volkswirtschaftlich schädliche Konsequenzen sich sehr schnell fühlbar machen werden.

Wehr als eine halbe Million Mark, die dem Grundbesitz alljährlich geschenkt werden soll, gedenkt man aus der Biersteuer herauszuwirtschaften.

In der Biersteuer haben wir es mit einer indirekten Steuer zu thun, die das bequemste Mittel bildet, dem Besitz die Lasten abzunehmen und sie auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen zuwälzen. Ohne Rücksicht auf die Steuerkraft des Einzelnen werden alle Einwohner gleichmäßig belastet; der Arme hat daran viel schwerer zu tragen, als der Reiche. Diese Steuerart in das System unseres kommunalen Steuerwesens aufzunehmen, ist um so tadelswerter, als schon das deutsche Reich pro Kopf der Bevölkerung den hübschen Beitrag von 16 Mark an indirekten Steuern auf die unentbehrlichen Lebensmittel und Verbrauchsartikel erhebt, so daß also schon jetzt eine fünfköpfige Familie nicht weniger denn 80 Mark in Form indirekter Steuern zu entrichten hat. Gegen die erste indirekte Kommunalsteuer

muß um so lebhafter Widerstand geleistet werden, als zu gewärtigen ist, daß unsere städtischen Finanzpolitiker an dieser Steuerart Geschmack finden und später für indirekte Steuern noch auf andere Verbrauchsgegenstände der großen Masse eintreten werden.

lassen schon diese Steuerprojekte erkennen, welche Auffassung von den sozialen Pflichten der Gemeinde in den einflussreichsten Kreisen unserer Stadtverwaltung herrscht, so wird uns dies noch viel klarer, wenn wir die absolute Unthätigkeit unserer Stadt gegenüber einigen allgemein empfundenen Volksbedürfnissen betrachten. Für die Bekämpfung des Kohlenwuchers ist bisher ebensowenig etwas geschehen, wie für die Beseitigung des Mangels an kleinen Wohnungen — die Stadt Leipzig müßte sich denn die Annahme der ihr geschenkten Meyerschen Arbeiterhäuser als Verdienst anrechnen wollen.

Nicht viel besser ist es mit der Haltung des Stadtregiments auf denjenigen Gebieten bestellt, auf denen die Stadt den Arbeitern gegenüber als Unternehmer auftritt. Statt in den städtischen Betrieben musterhafte, für das Privatunternehmertum vorbildliche Arbeitsbedingungen einzuführen, passen sich die städtischen Betriebe nur langsam den Fortschritten an, die die Arbeiter im Kampfe mit dem privaten Unternehmertum bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen im Laufe der Zeit errungen haben. Ebenso eigenartig war das Tempo, in dem man den neuzeitlichen Verhältnissen in Bezug auf die unteren Beamtenkategorien und die Lehrerschaft an den Volksschulen Rechnung getragen hat.

Auf dem Gebiete der Volkshygiene ist es bezeichnend, daß ein Schutz gegen die Arbeitsausbeutung von Schulkindern noch so gut wie ganz fehlt; nicht minder bemerkenswert ist, daß die Errichtung von Volksbädern schon jetzt, wenigstens vorläufig, zum Abschluß gelangt sein soll. Hier von sticht merkwürdig die Sorge für die Befreiung der Schwimmanstaltsaktien ab, die neulich in einer Ratsvorlage zu Tage trat, wonach die Stadt auf vertragsmäßige Bestimmungen eingehen sollte, die es verhindert haben würden, daß die Aktionäre von den „zu gemeinnützigen Zwecken“ und als Fonds perdu gezahlten Beträgen je etwas einbüßen könnten.

Wohin immer wir blicken, unsere Stadtgemeinde ist als Organ der sozialen Fürsorge nicht nur verbesserungsfähig, sondern auch dringend verbesserungsbedürftig. Die Vertreter der Besitzenden Klasse sind dabei nicht nur nicht interessiert, sondern leisten zum großen Teil derartigen Anregungen sogar Widerstand. Um so notwendiger ist die Wahl einer aktionskräftigen sozialdemokratischen Vertretung. Bisher war unsere Stadtverordnetenfraktion

Seuilleton.

Wachstum verboten.

Rot und Schwarz.

Von Stendhal (Henri Beyle).

22. Wie man 1830 handelte.

Das Wort ist dem Menschen gegeben worden, um seine Gedanken zu verbergen. N. P. Malagriba.

Raum in Verrieres angekommen, machte sich Julian schon Vorwürfe über sein ungerechtes Benehmen gegen Frau von Renal. Ich hätte sie wie ein einfältiges Frauenzimmer verachtet, wenn sie bei dem Ausritte mit Herrn von Renal aus Schwäche gefehlt hätte! Sie hat sich wie ein Diplomat aus der Sache gezogen, und ich sympathisiere mit dem Besiegten, der mein Feind ist. Es liegt in meinem Thun bürgerliche Kleinlichkeit; meine Eitelkeit ist verletzt, weil Herr von Renal ein Mann ist! eine berühmte und weitausgehende Körperkraft, der ich die Ehre habe anzugehören; ich bin nur ein Dummkopfs.

Herr Chelan hatte die Wohnungen abgelehnt, die ihm die angesehensten Liberalen des Landes um die Wette angeboten hatten, als ihn seine Absehung aus der Pfarrei vertrieb. Die zwei Zimmer, die er sich gemietet hatte, waren durch seine Bücher völlig überfüllt. Julian wollte Verrieres zeigen, was ein Priester ist, er begab sich zu seinem Vater und holte sich ein Duzend Tannenbretter, die er selbst auf dem Rücken, die ganze Grande Rue entlang, einhertrug. Bei einem alten Kameraden hatte er sich Handwerkzeug geborgt und bald hatte er eine Art Bücherei gezimmert, in der Herr Chelan seine Bücher unterbringen konnte.

„Ich hielt Dich von der Eitelkeit der Welt verdorben,“ sagte der Greis zu ihm, indem er vor Freude weinte; „das da macht die Kinder mit der glänzenden Uniform der Ehrengarde, die Dir so viel Feinde verschafft hat, wieder mehr als gut.“

Da Herr von Renal Julian befohlen hatte, bei ihm zu wohnen, ahnte niemand, was vorgefallen war. Am dritten Tage nach seiner Ankunft sah Julian keinen Geringeren als den Unterpräfecten von Maugiron ihn in seinem Zimmer aufsuchen. Aber erst nach einem zwei langen Stunden abernem Gespräch und nach unendlichen Zeremonien über die Schlechtigkeit der Menschen, über die geringe Ehrlichkeit der zur Verwaltung der Staatsgelder Angestellten, über die Gefahren dieses armen Frankreichs etc. merkte Julian, was der Besuch bezweckte. Man war bereits auf dem Treppenaufgang, und der arme, schon halb in Ungnade gefallene Erziehungsleiter führte ihn mit dem zukünftigen Präfecten irgend eines glücklichen Departements gehörenden Richtung hinaus, als es diesem beliebte, sich mit dem Glücke Julians zu beschäftigen, seine Währungsangabe in seinen Ansprüchen etc. zu loben. Endlich schloß ihn Herr von Maugiron mit dem Ausdruck des väterlichsten Wohlwollens in seine Arme, schlug ihm vor, das Haus des Herrn von Renal zu verlassen, und bei einem Beamten einzutreten, der Kinder „zu erziehen“ hatte, und der, wie der König Philipp, dem Himmel dafür danke, nicht so sehr deshalb, daß er sie ihm geschenkt hatte, sondern sie in Herrn Julians Nähe habe geboren werden lassen.

„Ihr Erziehungsleiter würde achtundert Franken Gehalt bekommen, aber nicht zahlbar Monat für Monat, denn das ist nicht vornehm,“ sagte Herr von Maugiron, „sondern vierteljährlich und stets im voraus zahlbar.“

Jetzt war die Reihe an Julian zu reden, der seit

anderthalb Stunden mit Ungeduld darauf wartete. Seine Antwort war vollkommen, und vor allen Dingen so lang wie eine Verordnung; sie ließ alles durchblicken und sagte dabei gar nichts gerade heraus. Man konnte darin zu gleicher Zeit Achtung für Herrn von Renal, Verehrung für das Publikum von Verrieres und Dankbarkeit für den erlauchten Unterpräfecten finden. Dieser Unterpräfect, der erstaunt war, einen noch viel geriebeneren Jesuiten zu finden, als er selber war, versuchte vergeblich irgend etwas Bestimmtes zu erlangen. Der entzückte Julian ergriff mit Entzücken die Gelegenheit, sich üben zu können und begann von neuem, indem er seine Antwort in andere Ausdrücke kleidete. Nie hat ein bereiteter Minister, der das Ende einer Sitzung, wo die Kammer so thut, als wenn sie wieder erwachen wollte, benützen will, weniger in mehr Worten gesprochen. Kaum hatte sich Herr von Maugiron entfernt, als Julian wie verrückt zu lachen begann. Um seine jesuitische Gabe auszunützen, schrieb er einen neun Seiten langen Brief an Herrn von Renal, in dem er ihm über alles, was man ihm gesagt hatte, Bericht erstattete, und ihn bescheiden um seinen Rat fragte. „Dieser Schurke hat mir Gleichwohl nicht den Namen der Person gesagt, die mir das Anerbieten macht. Es wird Herr Valenod sein, der in meiner Verbannung nach Verrieres die Wirkung seines anonymen Briefes sieht.“

Nachdem er seinen Brief expediert hatte, ging Julian zufrieden wie ein Jäger, der an einem schönen Herbstmorgen schon um sechs Uhr früh eine überreiche Beute gemacht hat, zu Herrn Chelan, um ihn um seinen Rat zu bitten. Aber der Himmel hatte ihm noch weitere Freuden aufgespart, und bevor er noch zu dem guten Pfarren kam, führte er ihm Herrn Valenod in den Weg, dem er keineswegs verbarg, daß sein Herz von Unentschlossenheit erfüllt sei; ein armer